



Presseerklärung des Sicherheitsrats zur Lage in der Demokratischen Republik Kongo

NEW YORK, 3. Februar 2023 – Die Mitglieder des Sicherheitsrats verurteilten nachdrücklich die jüngste Serie von Angriffen durch die Bewegung des 23. März (M23) in Nordkivu und die Vorstöße der M23, wodurch sich die Sicherheit und Stabilität in der Region und die aktuelle humanitäre Lage weiter verschlechtert haben. Sie äußerten sich zutiefst besorgt über Berichte über einen Zwischenfall am 24. Januar 2023 im Grenzgebiet zwischen der Demokratischen Republik Kongo und Ruanda, an dem ein Militärflugzeug der Streitkräfte der Demokratischen Republik Kongo (FARDC) und die Verteidigungskräfte Ruandas beteiligt waren.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats forderten erneut die sofortige Einstellung der Feindseligkeiten und jeglicher weiterer Vorstöße der M23 sowie deren Rückzug aus allen besetzten Gebieten, wie im Rahmen des von der Afrikanischen Union unterstützten Luanda-Prozesses vereinbart. Sie betonten, dass die Region nach dem Rahmenabkommen über Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit für die Demokratische Republik Kongo und die Region dazu verpflichtet ist, Hilfe oder Unterstützung jeglicher Art für bewaffnete Gruppen weder zu dulden noch zu gewähren. Sie verurteilten mit Nachdruck jede externe Unterstützung nichtstaatlicher bewaffneter Akteure, einschließlich der M23, und forderten ein sofortiges Ende dieser Unterstützung. Sie sind weiter zutiefst besorgt über die durch Hetzparolen, Fehlinformationen und Desinformation verursachte Verschärfung der Gewalt zwischen Bevölkerungsgruppen.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats verurteilten nachdrücklich die jüngsten Angriffe der Verbündeten Demokratischen Kräfte (ADF) und der Kooperative für die Entwicklung Kongos (CODECO) auf Zivilpersonen in Ituri und Nordkivu. Sie verlangten, dass alle Mitglieder bewaffneter Gruppen diese Gruppen sofort und auf Dauer auflösen, ihre Waffen niederlegen, der Gewalt abschwören, Rechtsverletzungen an Frauen und Kindern verhüten und beenden und die Kinder in ihren Reihen freilassen. Sie forderten alle kongolesischen bewaffneten Gruppen mit Nachdruck auf, sich bedingungslos an dem unter Führung der Ostafrikanischen Gemeinschaft stehenden Prozess von Nairobi zu beteiligen, um die politischen Voraussetzungen für die Vorbereitung des Programms für Entwaffnung, Demobilisierung, Wiederaufbau der Gemeinschaft und Stabilisierung anzustreben, und forderten die ausländischen bewaffneten Gruppen mit Nachdruck auf, in ihre Herkunftsländer zurückzukehren.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats forderten alle Akteure auf, ihren Verpflichtungen nach dem Völkerrecht, einschließlich des humanitären Völkerrechts und der internationalen Menschenrechtsnormen, nachzukommen und zu gewährleisten, dass die Verantwortlichen für Verstöße, einschließlich sexueller Gewalt in Konflikt- und Postkonfliktsituationen, zur Rechenschaft gezogen werden.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats forderten alle Akteure nachdrücklich auf, größtmögliche Zurückhaltung zu üben und sich auch weiterhin fest an die Beschlüsse zu halten, die auf dem Minigipfel der Staatsoberhäupter am 23. November 2022 in Luanda gefasst wurden. Sie bekräftigten ihre Unterstützung für die regionalen Bemühungen, die die Staatsoberhäupter der Ostafrikanischen Gemeinschaft im Rahmen der Prozesse von Nairobi und Luanda unternehmen, um Vertrauen wiederherzustellen, die Differenzen im Wege des Dialogs beizulegen und auch weiterhin die bestehenden subregionalen Organisationen und Mechanismen zu nutzen. Sie ermutigten den Sondergesandten des Generalsekretärs, Huang Xia, seine Gespräche mit den Führungsverantwortlichen in der Region fortzusetzen und so die laufenden Friedensinitiativen zu unterstützen.

23-01955 (G)



Die Mitglieder des Sicherheitsrats bekräftigten ihr nachdrückliches Bekenntnis zur Souveränität, Unabhängigkeit, Einheit und territorialen Unversehrtheit der Demokratischen Republik Kongo. Sie bekundeten der Sonderbeauftragten des Generalsekretärs, Bintou Keita, und der Stabilisierungsmission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo (MONUSCO) erneut ihre volle Unterstützung für ihre stabilisierende Tätigkeit.
